AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES

Herausgegeben von der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 49 | FREITAG, DEN 25. JUNI | 2010

Inhalt:

	Seite
Anordnung zur Änderung der Anordnung über Zuständigkeiten in Fundangelegenheiten	1089
Entwidmung von öffentlichen Wegeflächen	1089
Widmung von Wegeflächen	1089
Verfügung einer Widmungserweiterung der Wegefläche Saseler Damm (Flurstück 4468 teilweise)	1089
Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises	1090
Bekanntmachung des Mitteldeutschen Rundfunks über das Telemedienkonzept „KI.KAplus – die Mediathek des KI.KA“ vom 1. Februar 2010	1090
Bekanntmachung des Mitteldeutschen Rundfunks über das Telemedienkonzept „www.kikaninchen.de – ein Portal für Vorschüler“ vom 1. Februar 2010	1090
Widmung einer Wegefläche	1090
Widmung einer Wegefläche	1090
Widmung einer Wegefläche	1090
Widmung einer Wegefläche	1090

BEKANNTMACHUNGEN

Anordnung zur Änderung der Anordnung über Zuständigkeiten in Fundangelegenheiten

Vom 16. Juni 2010

Abschnitt III der Anordnung über Zuständigkeiten in Fundangelegenheiten vom 23. November 2004 (Amtl. Anz. S. 2397), zuletzt geändert am 27. November 2007 (Amtl. Anz. S. 3253), erhält folgende Fassung:

„III

Für die Entgegennahme und Verwahrung von Fundtieren ist zuständig

die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz.“

Hamburg, den 16. Juni 2010

Der Senat

Amtl. Anz. S. 1089

Entwidmung von öffentlichen Wegeflächen

Nach § 7 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41) mit Änderungen werden im Bezirk Altona, Gemarkung Altona-Altstadt, Ortsteil 204, eine etwa 1277 m² große Fläche in der Kleinen Bergstraße (Flurstück 1242 zwischen Virchowstraße und Hospitalstraße) sowie die nördlich angrenzende Parkplatzfläche (Flurstück 1243 teilweise, etwa 1800 m²), die für den öffentlichen Verkehr entbehrlich geworden sind, entwidmet.

Hamburg, den 16. Juni 2010

Das Bezirksamt Altona

Amtl. Anz. S. 1089

Widmung von Wegeflächen

Nach § 8 in Verbindung mit § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) werden im Bezirk Altona, Gemarkung Ottensen, Ortsteil 219, zwei nördlich der Straße „Othmarscher Kirchenweg“ liegende (Gehweg-)Bereiche (Teile des Flurstücks 2011) dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Hamburg, den 17. Juni 2010

Das Bezirksamt Altona

Amtl. Anz. S. 1089

Verfügung einer Widmungserweiterung der Wegefläche Saseler Damm (Flurstück 4468 teilweise)

Nach § 8 in Verbindung mit § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974

(HmbGVBl. S. 41, 83), zuletzt geändert am 21. November 2006 (HmbGVBl. S. 562), wird die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Poppenbüttel, Ortsteil 519, südlich des öffentlichen Weges Saseler Damm hinter Haus 37 a belegene Parkfläche (Teil des Flurstücks 4468) erweitert und mit sofortiger Wirkung für den öffentlichen Verkehr gewidmet.

Hamburg, den 9. Juni 2010

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 1089

Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises

Der folgende Dienstausweis des Landesbetriebes Straßen, Brücken und Gewässer (ausgestellt durch die ehemalige Baubehörde, die Behörde für Bau und Verkehr, die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt oder den LSBG) ist mit sofortiger Wirkung ungültig:

Name: Stolz, Peter,

Funktion: Straßenwärter,

Fachbereich: B 2,

Ausweisnummer: 44167,

ausgestellt am: 12. Dezember 2007,

gültig bis: unbefristet.

Hamburg, den 10. Juni 2010

Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

Amtl. Anz. S. 1090

Bekanntmachung des Mitteldeutschen Rundfunks über das Telemedienkonzept „KI.KAplus – die Mediathek des KI.KA“ vom 1. Februar 2010

Gemäß § 11 f Absatz 7 Satz 2 des Rundfunkstaatsvertrages vom 31. August 1981 (HmbGVBl. S. 425), zuletzt durch Artikel 1 des Dreizehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrages vom 30. Oktober 2009 (HmbGVBl. S. 239, 240) geändert, wird darauf hingewiesen, dass das Telemedienkonzept „KI.KAplus – die Mediathek des KI.KA“ im Sächsischen Amtsblatt (SächsABl. S. 569) öffentlich bekannt gemacht worden ist.

Leipzig, den 17. Mai 2010

Mitteldeutscher Rundfunk

Prof. Dr. Udo Reiter
– Intendant –

Amtl. Anz. S. 1090

Bekanntmachung des Mitteldeutschen Rundfunks über das Telemedienkonzept „www.kikaninchen.de – ein Portal für Vorschüler“ vom 1. Februar 2010

Gemäß § 11 f Absatz 7 Satz 2 des Rundfunkstaatsvertrages vom 31. August 1981 (HmbGVBl. S. 425), zuletzt durch Artikel 1 des Dreizehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrages vom 30. Oktober 2009 (HmbGVBl. S. 239, 240) geändert, wird darauf hingewiesen, dass das Telemedienkonzept „www.kikaninchen.de – ein Portal für Vorschüler“ im Sächsischen Amtsblatt (SächsABl. S. 576) öffentlich bekannt gemacht worden ist.

Leipzig, den 17. Mai 2010

Mitteldeutscher Rundfunk

Prof. Dr. Udo Reiter
– Intendant –

Amtl. Anz. S. 1090

Widmung einer Wegefläche

Gemäß § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41) mit Änderungen wird die im Bezirk Hamburg-Mitte, Ortsteil Waltershof befindliche, etwa 389 m² große Teilfläche der Straße „Finkenwerder Straße“ mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Hamburg, den 11. Juni 2010

Hamburg Port Authority

Amtl. Anz. S. 1090

Widmung einer Wegefläche

Gemäß § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41) mit Änderungen wird die im Bezirk Hamburg-Mitte, Ortsteil Waltershof befindliche, etwa 252 m² große Teilfläche der Straße „Altenwerder Damm“ mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Hamburg, den 11. Juni 2010

Hamburg Port Authority

Amtl. Anz. S. 1090

Widmung einer Wegefläche

Gemäß § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41) mit Änderungen wird die im Bezirk Hamburg-Mitte, Ortsteil Waltershof befindliche, etwa 1210 m² große Teilfläche der Straße „Köhlbrandbrücke“ mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Hamburg, den 11. Juni 2010

Hamburg Port Authority

Amtl. Anz. S. 1090

Widmung einer Wegefläche

Gemäß § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41) mit Änderungen werden die im Bezirk Hamburg-Mitte/Harburg, Ortsteil Steinwerder-Wilhelmsburg, Gemarkung Steinwerder liegenden, insgesamt etwa 1949 m² großen Teilstücke im Bereich der Straße Köhlbranddeich mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Hamburg, den 11. Juni 2010

Hamburg Port Authority

Amtl. Anz. S. 1090

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Bekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

Postanschrift:

Sachsenkamp 1–3, 20097 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n):

Bearbeiterin: Frau von der Lippe,
Telefon: +49 (0)40 / 4 28 26 - 24 92,
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 26 - 24 88

E-Mail:
Nanettvonder.Lippe@LSBG.Hamburg.de

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) sind erhältlich bei:

anderen Stellen: siehe Anhang A.II

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

andere Stellen: siehe Anhang A.III

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers und Haupttätigkeit(en)**

Regional- oder Lokalbehörde

Sonstiges: Brückenbau

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber:

A 25 AD HH-Südost bis Landesgrenze S-H, Ergänzender Lärmschutz, Bauwerke K 714-2, 715-6, 715-7, 716-3 und 716-4

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

(a) Bauleistung

Planung und Ausführung

Hauptausführungsort: Hamburg

NUTS-Code: DE 600

II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung:

Öffentlicher Auftrag

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Lärmschutzwand aus Stahlbetonfertigteilelementen/transp. Elementen zwischen Stahlprofilpfosten auf Tiefgründung mittels Bohrpfählen bzw. auf vorh. Brückenkappe; 1151 m Lärmschutzwand am Fahrbahnrand (H bis 4 m), 181 m Lärmschutzwand auf vorhandenen Brücken, Verkehrszeichenbrücke aus Stahl auf Tiefgründung.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):

Hauptgegenstand: 45.22.35.00

Ergänzende Gegenstände: 45.22.32.10

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Ja

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang: –

II.2.2) Optionen: –

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**

Beginn: 1. Oktober 2010, Ende: 30. Juni 2011

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

Siehe Vergabeunterlagen

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:

Siehe Vergabeunterlagen

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Siehe Vergabeunterlagen

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: Nein

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: –

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Siehe Vergabeunterlagen

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Siehe Vergabeunterlagen

III.2.4) Vorbehaltene Aufträge: Nein

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –

III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der Dienstleistung verantwortlich sein sollen: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offenes Verfahren

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis

IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsinformationen**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

OV-K5-204/10

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:

Ja, Vorinformation

Bekanntmachungsnummer im ABl:
2010/S42-061263 vom 2. März 2010

IV.3.3) Bedingungen für Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung

Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen:

8. Juli 2010, 11.00 Uhr

Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Ja

Preis: 23,– Euro

Zahlungsbedingungen und -weise:

Banküberweisung, Schecks oder Briefmarken werden nicht angenommen. Überweisung des Kostenbeitrages unter Angabe des Aktenzeichens OV-K5-204/10. Die Verdingungsunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

Empfänger:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt ZVA, Konto-Nr. 375 202 205, BLZ 200 100 20, Geldinstitut Postbank Hamburg. Bei Bank- oder Postüberweisungen bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift A II schicken. IBAN DE 2001 0020 03752022 05, BIC PBNKDEFF200 (Hamburg)

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge:

13. Juli 2010, 9.30 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Deutsch

IV.3.7) Bindefrist des Angebots:

Bis 17. September 2010

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Tag: 13. Juli 2010, 9.30 Uhr

Ort: siehe Anhang A III

Personen, die bei der Öffnng der Angebote anwesend sein dürfen: Ja

Bieter und ihre Bevollmächtigten

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

VI.1) **Dauerauftrag**: Nein

VI.2) **Auftrag in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird:** Nein

VI.3) **Sonstige Informationen**: –

VI.4) **Nachprüfungsverfahren/ Rechtsbehelfsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer bei der
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Postanschrift:

Düsternstraße 10, 20355 Hamburg, Deutschland

Telefax: +49 (0)40 / 4 28 40 - 20 39

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen:

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 107 Absatz 3 Nummer 4 GWB ist ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfverfahrens vor den Vergabekammern unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind: –

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

21. Juni 2010

ANHANG A

SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem)**

Offizielle Bezeichnung:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
ZVA, Zimmer E 228

Postanschrift:

Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,
Deutschland

Kontakstelle(n):

Telefax: +49 (0)40 / 4 28 40 - 25 54

III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/ Teilnahmeanträge zu senden sind**

Offizielle Bezeichnung:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, ZVA, Zimmer E 231

Postanschrift:

Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg, Deutschland

Hamburg, den 21. Juni 2010

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt 637

Bauaufträge – Offenes Verfahren nach VOB/A

Vergabenummer: 10 E 0320

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name und Anschrift des Öffentlichen Auftraggebers (Vergabestelle)**

Bundesrepublik Deutschland, diese vertreten durch die Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Bauordnung und Hochbau, Bundesbauabteilung, Pappelallee 41, 22089 Hamburg, Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 0, Telefax: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 06

Anhang A

Anschrift für nähere Auskünfte, für Anforderung von Unterlagen, für Angebote: Siehe I.1)

Auskünfte zum Verfahren erteilt:

Anschrift siehe I.1)

Auskünfte zum technischen Inhalt erteilt:

Anschrift siehe I.1) und Herr Granzow, Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 3 18

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1.1) Bezeichnung des Auftrages:

Vergabe-Nr. 10 E 0320, Elektroarbeiten

zur Maßnahme 4121 G 0701 BWK-Hamburg, Neubau Bettenhaus

in der Liegenschaft 4121, wie vor

Leistungen des Bauhauptgewerkes

II.1.2) Art des Bauauftrags:

Ausführung von Bauleistungen

Ort der Ausführung:

Lesserstraße 180, 22049 Hamburg

II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein

II.2.1 Menge oder Umfang der Leistung:

Niederspannungs-, Beleuchtungs-, Außen-, Brandmelde- und Informationstechnikanlagen, Elektroinstallation in medizinisch genutzten Bereichen.

II.3 Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:

Beginn: 19. August 2010

Ende: 26. Dezember 2012

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.2.1) Zuschlagskriterien: siehe Vergabeunterlage

IV.3.3 Bedingungen für den Erhalt von Verdingungs-/ Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen

Bewerbungsschluss: 7. Juli 2010

Versand der Verdingungsunterlagen: 12. Juli 2010

Höhe des Entgeltes: 30,– Euro

Zahlungsweise: Banküberweisung (Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen).

Empfänger: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, siehe I.1)

BLZ: 200 505 50, Geldinstitut: Hamburger Sparkasse, Kontonummer: 1027 210 333

IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210333

BIC-Code: HASPDEHHXXX

Verwendungszweck: Kauf der Verdingungsunterlagen 10 E 0320

Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.

Hinweis: Die Vergabeunterlagen können nur versendet werden, wenn

- auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
- gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe Ihrer vollständigen Firmenadresse) bei der in Abschnitt I.1 bzw. Anhang A genannten Stelle angefordert wurden,
- das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

IV.3.4 Schlusstermin für den Eingang der Angebote:

29. Juli 2010, 10.00 Uhr

IV.3.7 Bindefrist des Angebots bis 13. September 2010

IV.3.8 Angebotseröffnung:

29. Juli 2010, 10.00 Uhr

Ort: Anschrift siehe I.1)

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

Mit dem Angebot sind folgende Eignungsnachweise vorzulegen:

- VOB/A § 8 Nummer 3 Absatz 1 Buchstaben a), b), c), f),
- prüfbare Referenzliste vergleichbarer Arbeiten der letzten drei Jahre.

VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren (Vergabekammer nach § 104 GWB):

Bundeskartellamt Bonn, Kaiser-Friedrich-Straße 16, 53113 Bonn, Telefon: 02 28 / 94 99 - 0, Telefax: 02 28 / 94 99 - 4 00

VI.4.3 Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind:

Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Bauordnung und Hochbau, Bundesbauabteilung, Stabsstelle Recht – BBA R –,

Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 4 50,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 06

Hamburg, den 21. Juni 2010

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung – 638

Bauaufträge – Öffentliche Ausschreibung
Vergabenummer: 10 A 0167

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):

Bundesrepublik Deutschland, diese vertreten durch die Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Amt für Bauordnung und Hochbau,
Bundesbauabteilung,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 0,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 06

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung, VOB/A

Vergabenummer: **10 A 0167**

Verkehrswegebauarbeiten

c) Art des Auftrages: **Ausführen von Bauleistungen**

d) Ort der Ausführung:

Koreastraße 4, 20457 Hamburg

e) Art und Umfang der Leistung, allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:

Allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:

Neubau des Hauptzollamtes Hamburg-Stadt

Art der Leistung:

Außenanlagen: Verkehrswegebauarbeiten

– etwa 500 m² Tiefgaragen-Abdichtung gemäß DIN 18195-5, Absatz 8.3 mit Gefällebeton, Abdichtung und Gussasphalt
– etwa 345 m² Beton-Pflasterbelag mit zugehörigen Abdichtungs-, Dämmungs-, Unterbau- und Bettungsschichten sowie Ablaufrinnen
– etwa 20 m² Granit-Pflasterbelag mit zugehörigen Abdichtungs-, Dämmungs-, Unterbau- und Bettungsschichten

f) Aufteilung in Lose: nein

g) Erbringen von Planungsleistungen: nein

h) Ausführungsfrist:

Beginn: 1. November 2010, Ende: 10. Dezember 2010

i) Anforderung der Verdingungsunterlagen:

Bewerbungsschluss: 22. Juli 2010

Versand der Verdingungsunterlagen: 4. August 2010

j) Entgelt für die Verdingungsunterlagen:

Vergabenummer: **10 A 0167**

Höhe des Entgeltes: 6,– Euro

Zahlungsweise: Banküberweisung (Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.)

Empfänger:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Anschrift siehe Buchstabe a)

Kontonummer: 1 027 210 333

BLZ: 200 505 50, Geldinstitut: Hamburger Sparkasse

IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210333

BIC-Code: HASPDEHHXXX

Verwendungszweck:
Kauf der Verdingungsunterlagen 10 A 0167

Fehlt der Verwendungszweck auf ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.

Hinweis:

Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn

– auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
– gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,
– die Kasse die Einzahlung bestätigt hat.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

o) Angebotseröffnung: 26. August 2010, 10.00 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe a)

t) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist:

27. September 2010

u) Geforderte Eignungsnachweise:

Mit dem Angebot sind vorzulegen: Eignungsnachweise gemäß § 8 Nummer 3 Absatz 1 Buchstaben a), b), c) und f) VOB/A.

v) Sonstige Angaben:

Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt:

Anschrift siehe Buchstabe a)
Herr Kummrow, Telefon: +49 (0)40 / 4 28 42 - 2 71

Nachprüfung behaupteter Verstöße: –

Nachprüfungsstelle nach § 31 VOB/A:

Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Amt für Bauordnung und Hochbau,
Bundesbauabteilung,
Stabsstelle Recht – BBA R –,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: +49 (0)40 / 4 28 42 - 4 50,
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 42 - 2 06

Hamburg, den 21. Juni 2010

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung – 639

Öffentliche Ausschreibung – § 17 VOL/A

a) Öffentlicher Auftraggeber:
Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
LSBG-Bundesfernstraßen und Straßentunnel B 2,
Holmbrook 15–15 a, 22605 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 104 - 421/121,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 28 104 - 406

Angebote sind zu richten an:

Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Eröffnungsstelle, Zentrale Vergabeaufsicht,
Zimmer E 231, Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg

b) Öffentliche Ausschreibung gemäß § 3 VOL/A
Vergabenummer: ÖA-B 2-231/10

c) Art der Vergabe:
Lieferung eines Multicar mit Mindestausstattung

d) Aufteilung in Lose: Nein

e) Ausführungsfrist:
Beginn: –, Ende: September 2010

f) Anforderung der Verdingungsunterlagen:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Zentrale Vergabeaufsicht (ZVA), Zimmer E 228,
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 28 40 - 25 54,
vom 18. Juni 2010 bis 5. Juli 2010,
dienstags bis donnerstags von 9.00 Uhr bis 11.00 Uhr

g) Einsicht der Verdingungsunterlagen:
siehe Buchstabe f)

h) Kostenbeitrag für die Verdingungsunterlagen:
Höhe des Kostenbeitrages: 5,– Euro
Erstattung: nein
Zahlungsweise: Banküberweisung
Empfänger:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Zentrale Vergabeaufsicht (ZVA),
Kontonummer: 375 202-205, BLZ: 200 100 20,
Geldinstitut: Postbank Hamburg
Die Verdingungsunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisungen bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift, Buchstabe f), schicken. Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

i) Ende der Angebotsfrist: 8. Juli 2010, 11.15 Uhr

l) Zahlungsbedingungen gemäß § 17 VOL/B

m) Geforderte Eignungsnachweise:
– Auskunft aus dem Gewerbezentralregister, von ausländischen Bietern gleichwertige Bescheinigung von Gerichts- oder Verwaltungsbehörden ihres Herkunftslandes. Vorlage nach Aufforderung. Die Auskunft darf nicht älter als drei Monate sein.
– Erklärung über den Nichtausschluss von Öffentlichen Aufträgen der Freien und Hansestadt Hamburg.

n) Die Bindefrist endet am: 12. August 2010

o) Der Bewerber unterliegt mit der Abgabe seines Angebots den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote (§ 27 VOL/A).

Hamburg, den 21. Juni 2010

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

640

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg (FHH),
vertreten durch die Behörde für
Stadtentwicklung und Umwelt (BSU)

Postanschrift:
Alter Steinweg 4, 20459 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n):
Zu Händen Herrn Jörn Fedder
Telefon: +49 (0)40 / 33 44 10 - 6 03 04
Telefax: +49 (0)40 / 33 44 10 - 6 00 99
E-Mail: joern.fedder@hamburgenergie.de

Internet-Adresse(n):
Hauptadresse des Auftraggebers(URL):
http://www.bsu.hamburg.de

Weitere Auskünfte erteilen:
andere Stellen (siehe Anhang A.I)

Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) sind erhältlich bei:
anderen Stellen (siehe Anhang A.II)

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:
andere Stellen (siehe Anhang A.III)

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers und Haupttätigkeit(en)**

Regional- oder Lokalbehörde

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Ja

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber:
Lieferung elektrischer Energie für die Lieferjahre 2011 und 2012

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:
(b) Lieferung
Kauf
Hauptlieferort: Hamburg
NUTS-Code: DE 600

II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung
Öffentlicher Auftrag

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
Die Freie und Hansestadt Hamburg und die einbezogenen Einrichtungen (siehe Liste Anlage in der Leistungsbeschreibung Ziffer XI) als Auftraggeber beabsichtigen, ihren Bedarf an elektrischer Energie für die Jahre 2011 und 2012 mittels fixer Fahrplanlieferung zu decken, soweit dieser nicht durch Eigenerzeugung gedeckt wird. Die bisherigen Stromlieferverträge der FHH enden zum 31. Dezember 2010.

Die FHH wird zu diesem Zweck ihren nicht durch Eigenerzeugung gedeckten Bedarf an elektrischer Energie (im Folgenden zusammen als: „Bedarf“ oder „Strombedarf“ bezeichnet) als fixe Fahrplanlieferungen ausschreiben. Die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH) und die Liegenschaften einbezogener Einrichtungen werden zur Deckung ihres nicht durch Eigenerzeugung gedeckten Strombedarfs für die Jahre 2011 und

2012 Fahrpläne ausschreiben. Die Fahrpläne umfassen jeweils den gesamten Jahresbedarf der beteiligten Abnahmestellen.

Der Strombedarf aller Abnahmestellen umfasst voraussichtlich:

– 2011 etwa 336.000 MWh,

– 2012 etwa 336.000 MWh.

Eine noch genauere Bezifferung erfolgt rechtzeitig vor Angebotsabgabe und wird den Bewerbern übermittelt. Die Beschaffung des Strombedarfs erfolgt je nach Markteinschätzung in einer noch unbestimmten Anzahl vonTranchen. Die einzelnen Tranchen stellen eine ideelle Teilmenge des Fahrplans dar und entsprechen in ihrer Gestalt einer maßstäblichen Verkleinerung des jeweiligen Fahrplanes. Jede Tranche umfasst mindestens 10 % eines Jahresbedarfs oder ein Vielfaches davon. Die FHH ist berechtigt, nach Markteinschätzung die Bieter zur Abgabe eines Angebotes für eine Teilmenge in noch zu bestimmender Größe aufzufordern. Die dann vergebenen Mengen reduzieren die zu dem Zeitpunkt noch offenen Tranchen entsprechend der vergebenen Größe. Die Beschaffung des Bedarfs für die Jahre 2011 und 2012 erfolgt im Jahr 2010. Es werden drei Produktqualitäten angefragt:

1. Grünstrom über einen Direktvertrag (nähere Beschreibung in den Ausschreibungsunterlagen),
2. Graustrom (zum Zwecke des Einsatzes in einem Direkt-Swap-Geschäft; nähere Beschreibung in den Ausschreibungsunterlagen),
3. Lieferung der Grünstromqualität über einen Direkt-Swap (nähere Beschreibung in den Ausschreibungsunterlagen).

Jedem Bieter ist es freigestellt, einzelne Produkte oder eine Kombination der Produkte anzubieten. Er kann also z.B. nur Grünstrom im Direktvertrag oder nur Grünstrom im Direkt-Swap oder nur Graustrom anbieten. Er kann aber auch für zwei Produkte oder alle drei ein Angebot abgeben. Der Zeitpunkt der Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes für eine einzelne Tranche orientiert sich am Großhandelspreis für Elektrizität. Die Durchführung der Angebotsaufforderung und -abgabe im nicht offenen Verfahren erfolgt jeweils per Fax von einem Werktag auf einen anderen. Die Angebote müssen nur eine sehr kurze Bindefrist von 1 Stunde aufweisen. Innerhalb dieses kurzen Zeitraums wird die FHH die Angebote werten und den Zuschlag direkt ebenfalls per Fax auf das preisgünstigste Angebot erteilen. Eine Vorabinformation nach § 101 a Absatz 1 GWB mit entsprechender Wartefrist kann aufgrund der Dringlichkeit (§ 101 a Absatz 2 GWB) nicht erfolgen. Die Bieter werden aber unmittelbar nach dem Zuschlag über diesen informiert. Die FHH stellt den Bewerbern weitere Informationen elektronisch (u.a. Leistungsbeschreibung) zur Verfügung. Diese sind auf der Website der HAMBURG ENERGIE unter http://www.hamburgenergie.de/Ausschreibungen verfügbar. Die Dokumente sind passwortgeschützt. Die Bewerber werden aufgefordert, sich bei der o. g. Kontaktstelle das zum Aufrufen der Unterlagen erforderliche Passwort mitteilen zu lassen.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):

Hauptgegenstand: 65310000

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

672.000 MWh elektrische Energie als fixer Fahrplan

II.2.2) Optionen: Nein

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**

Beginn: 1. Januar 2011
Ende: 31. Dezember 2012

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten: –

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: –

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: Nein

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

1. Auszug aus dem Handelsregister oder aus einem gleichwertigen Register eines Mitgliedstaates, nicht älter als 6 Monate.
2. Eigenerklärung des Bewerbers über das Nichtvorliegen von Ausschlusstatbeständen nach § 6 EG Absatz 4 VOL/A.
3. Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlusstatbeständen nach § 6 EG Absatz 6 VOL/A.

Sofern der Bewerber beabsichtigt, sich eines Unterauftragnehmers zu bedienen, hat er die erforderlichen Nachweise auch für den Unterauftragnehmer vorzulegen und nachzuweisen, dass er sich der Ressourcen des Unterauftragnehmers bedienen kann. Die Vergabestelle behält sich vor, zur Verifizierung der Eigenerklärungen in begründeten Fällen amtliche Nachweise abzufordern.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: –

Mit dem Teilnahmeantrag ist einzureichen:

Checkliste:

1. Auszug aus dem Handelsregister bei einem gleichwertigen Register eines Mitgliedstaates, nicht älter als 6 Monate.
2. Eigenerklärung des Bewerbers über das Nichtvorliegen von Ausschlusstatbeständen nach § 6 EG Absatz 4 VOL/A, extra eigene Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlusstatbeständen nach § 6EG Absatz 6 VOL/A.
3. Aktueller Geschäftsbericht.
4. Nachweis einer Betriebshaftpflichtversicherung für Betriebshaftpflicht inklusive Produkthaftpflicht in Höhe von 1 Mio. Euro für Personen und Sachschäden, 0,5 Mio. Euro pauschal für Vermögensschäden zweifach maximiert pro Jahr (Mindestsätze).
5. Referenzliste für vergleichbare Leistungen mit Nennung der Ansprechpartner.
6. Angaben zu Bezugsquellen der elektrischen Energie.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: –

III.2.4) Vorbehaltene Aufträge: Nein

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –

III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein sollen: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Nichtoffenes Verfahren

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:

Mindestzahl: 3
Höchstzahl: 100

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Alle Bewerber, die aufgrund der unter Ziffer III.2 geforderten Nachweise für die nachgefragte Leistung geeignet (leistungsfähig, fachkundig und zuverlässig) angesehen werden, werden zum Angebot aufgefordert. Eine weitere Eingrenzung des Bewerberkreises findet ebenso wenig statt wie eine zahlenmäßige Begrenzung. Die oben angegebene Höchstzahl „100“ ist computertechnischen Anforderungen des Formulars geschuldet und hat keine Bedeutung.

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis

IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsinformationen**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: –

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung

Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen: 19. Juli 2010, 14.00 Uhr

Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Nein

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge:

19. Juli 2010, 14.00 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Deutsch

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

VI.1) **Dauerauftrag**: Nein

VI.2) **Auftrag in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird:** Nein

VI.3) **Sonstige Informationen**: –

VI.4) **Nachprüfungsverfahren/ Rechtsbehelfsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer bei der Finanzbehörde

Postanschrift:

Rödingsmarkt 2, 20459 Hamburg, Deutschland

Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 23 - 14 48
Telefax: + 49 (0)40 / 4 28 23 - 20 20
E-Mail: dieter.carmesin@fb.hamburg.de

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder gegebenenfalls Abschnitt VI.4.3)

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nummer 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird. Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nummer 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind:

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer bei der Finanzbehörde

Postanschrift:

Rödingsmarkt 2, 20459 Hamburg, Deutschland

Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 23 - 14 48
Telefax: + 49 (0)40 / 4 28 23 - 20 20
E-Mail: dieter.carmesin@fb.hamburg.de

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

16. Juni 2010

ANHANG A

SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind**:

Offizielle Bezeichnung:

HAMBURG ENERGIE GmbH

Postanschrift:

Billhorner Deich 2, 20539 Hamburg, Deutschland

Kontakstelle(n): HAMBURG ENERGIE GmbH

Zu Händen Herrn Jörn Fedder
Telefon: +49 (0)40 / 33 44 10 - 6 03 04
Telefax: +49 (0)40 / 33 44 10 - 6 00 99

II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem):**

Offizielle Bezeichnung:

HAMBURG ENERGIE GmbH

Postanschrift:

Billhorner Deich 2, 20539 Hamburg, Deutschland

Kontakstelle(n): HAMBURG ENERGIE GmbH

Zu Händen Herrn Jörn Fedder
Telefon: +49 (0)40 / 33 44 10 - 6 03 04
Telefax: +49 (0)40 / 33 44 10 - 6 00 99
E-Mail: joern.fedder@hamburgenergie.de

III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/ Teilnahmeanträge zu senden sind:**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg, Finanzbehörde, Hauptgeschäftsstelle

Postanschrift:

Gänsemarkt 36, Zimmer 100 („Strom“)
20354 Hamburg, Deutschland

Kontakstelle(n):
Freie und Hansestadt Hamburg, Finanzbehörde, Hauptgeschäftsstelle
Zun Händen Herrn Max Hertzog
Telefon: +49 (0)40 / 4 28 23 - 13 80
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 23 - 14 02

Hamburg, den 17. Juni 2010

Die Finanzbehörde

641

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg, Finanzbehörde, SBH | Schulbau Hamburg

Postanschrift:

An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n):

Allgemeine Verwaltung
– Ausschreibung SBH3B2,
Zu Händen: Herr Achim Schaar,
Telefon: +49 (0)40 / 4 28 23 - 62 94,
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 23 - 61 94
E-Mail: Achim.Schaar@sbh.fb.hamburg.de

Weitere Auskünfte erteilen:

andere Stellen, siehe Anhang A/I

Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) sind erhältlich bei:

den oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers und Haupttätigkeit(en)**

Regional- oder Lokalbehörde

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber:

Gesamtschule Öjendorf,
Ersatz der abgängigen Bausubstanz
und Erweiterung;
LOS 11, ELEKTROINSTALLATIONEN

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

(a) Bauleistung

Hauptausführungsort: Hamburg

NUTS-Code: DE 600

II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung

Öffentlicher Auftrag

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Elektrische Anlage

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):

Hauptgegenstand: 45214200

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): –

II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: –

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Ein Zentralbatteriesystem mit
35 Rettungszeichenleuchten, 20 Sicherheitsleuchten, 10 Stufenleuchten,
1 Stück Zählerwandleranlage,
1 Stück Hauptverteilung allgemein,
4 Stück Etagenverteilungen und
8 Stück Fachklassenverteilungen,
ca. 200 m Kabeltrassen,
ca. 240 m Brüstungskanal, Stahlblech,
ca. 2000 m Leerrohrinstallation,
ca. 300 m NYCWY 4 x 35 SM/16 mm^2,
ca. 10 000 m Mantelleitung halogenfrei.

II.2.2) Optionen: –

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:** –

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

Bürgschaft über 5 % der Auftragssumme als Sicherheit für die Vertragserfüllung und 3 % als Sicherheit für Mängelansprüche ab einer Auftragssumme von 250 000,– Euro.

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: –

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

– Vorlage von Unterlagen nach VOB/A § 8 Nummer 3 Absatz 1, Nummer f).
– Der Bewerber hat eine Erklärung vorzulegen, dass er in den letzten 2 Jahren nicht gemäß § 21 Absatz 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder gemäß § 6 Absatz 1 oder 2 Arbeitnehmerentsendegesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2500,– Euro belegt worden ist.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Vorlage von Unterlagen nach VOB/A § 8 Nummer 3 Absatz 1, Buchstaben a) und c).

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Vorlage von Unterlagen nach VOB/A § 8 Nummer 3 Absatz 1, Buchstaben b) und d).

III.2.4) Vorbehaltene Aufträge: Nein

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –

III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein sollen: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offenes Verfahren

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Wirtschaftlich günstigstes Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Verdingungs-/Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.

IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsinformationen**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

SBH EG 06/10S

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Ja

Vorinformation

Bekanntmachungsnummer im ABl.:
2010/S 049-072153 vom 11. März 2010

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung

Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen: 14. Juli 2010, 16.00 Uhr

Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Ja

Preis: 90,– Euro

Zahlungsbedingungen und -weise:

Per Banküberweisung,
Empfänger: Schulbau Hamburg,
Kontonummer: 20001590, BLZ: 200 000 00,
Geldinstitut: Bundesbank.
Verwendungszweck:
4100900000027 SBH EG 06/10S.

Die Verdingungsunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Daseingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge:

20. Juli 2010, 11.30 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Deutsch

IV.3.7) Bindefrist des Angebots:

Bis 17. September 2010

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:

20. Juli 2010, 11.30 Uhr

Ort: SBH | Schulbau Hamburg,
Ausschreibung 3B2, Raum 240,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja

Bieter und ihre Bevollmächtigten

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

VI.1) **Dauerauftrag**: Nein

VI.2) **Auftrag in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird:** Nein

VI.3) **Sonstige Informationen**: –

VI.4) **Nachprüfungsverfahren/ Rechtsbehelfsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer bei der Behörde
für Stadtentwicklung und Umwelt

Postanschrift:

Düsternstraße 10, 20355 Hamburg, Deutschland

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder gegebenenfalls Abschnitt VI.4.3)

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: –

VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind: –

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

21. Juni 2010

ANHANG A

SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind**:

Offizielle Bezeichnung:

SBH | Schulbau Hamburg, Baumanagement,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Kontakstelle(n):
Zu Händen Herrn Bernd Homrighausen
Telefon: +49 (0)40 / 4 28 23 - 61 15
E-Mail:
Bernd.Homrighausen@sbh.fb.hamburg.de

II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem):** –

III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/ Teilnahmeanträge zu senden sind:** –

Hamburg, den 21. Juni 2010

Die Finanzbehörde 642

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,
Finanzbehörde, SBH | Schulbau Hamburg

Postanschrift:

An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n):

Allgemeine Verwaltung
– Ausschreibung SBH3B2,
Zu Händen: Herr Achim Schaar,
Telefon: +49 (0)40 / 4 28 23 - 62 94,
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 23 - 61 94
E-Mail: Achim.Schaar@sbh.fb.hamburg.de

Weitere Auskünfte erteilen:

andere Stellen, siehe Anhang A/I

Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) sind erhältlich bei:

den oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers und Haupttätigkeit(en)**

Regional- oder Lokalbehörde

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber:

Gesamtschule Öjendorf,
Ersatz der abgängigen Bausubstanz
und Erweiterung;
LOS 4, DACHABDICHTUNGS-
UND KLEMPNERARBEITEN

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

(a) Bauleistung

Hauptausführungsort: Hamburg

NUTS-Code: DE 600

II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung

Öffentlicher Auftrag

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Dachdämmung und Abdichtung mit Kunststoffdachbahnen.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):

Hauptgegenstand: 45214200

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): –

II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: –

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

ca. 1300 m² bituminöse Schweißbahn auf Rohsohle,

ca. 1400 m² Kunststoffdachbahn Abdichtung, einschließlich aller Anschlussarbeiten,

Klempnerarbeiten für die Dachflächen.

II.2.2) Optionen: –

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:** –

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

Bürgschaft über 5 % der Auftragssumme als Sicherheit für die Vertragserfüllung und 3 % als Sicherheit für Mängelansprüche ab einer Auftragssumme von 250 000,– Euro.

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: –

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Vorlage von Unterlagen nach VOB/A § 8 Nummer 3 Absatz 1, Nummer f).
- Der Bewerber hat eine Erklärung vorzulegen, dass er in den letzten 2 Jahren nicht gemäß § 21 Absatz 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder gemäß § 6 Absatz 1 oder 2 Arbeitnehmerentsendegesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2500,– Euro belegt worden ist.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Vorlage von Unterlagen nach VOB/A § 8 Nummer 3 Absatz 1, Buchstaben a) und c).

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Vorlage von Unterlagen nach VOB/A § 8 Nummer 3 Absatz 1, Buchstaben b) und d).

III.2.4) Vorbehaltene Aufträge: Nein

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –

III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein sollen: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offenes Verfahren

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Wirtschaftlich günstigstes Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Verdingungs-/Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.

IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsinformationen**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

SBH EG 08/10S

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Ja

Vorinformation

Bekanntmachungsnummer im ABl.:
2010/S 049-072153 vom 11. März 2010

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung

Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen: 15. Juli 2010, 16.00 Uhr

Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Ja

Preis: 45,– Euro

Zahlungsbedingungen und -weise:

Per Banküberweisung,
Empfänger: Schulbau Hamburg,
Kontonummer: 20001590, BLZ: 200 000 00,
Geldinstitut: Bundesbank.
Verwendungszweck:
4100900000027 SBH EG 08/10S.

Die Verdingungsunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Daseingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge:

21. Juli 2010, 11.30 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Deutsch

IV.3.7) Bindefrist des Angebots:

Bis 18. September 2010

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:

21. Juli 2010, 11.30 Uhr

Ort: SBH | Schulbau Hamburg,
Ausschreibung 3B2, Raum 240,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja

Bieter und ihre Bevollmächtigten

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

VI.1) **Dauerauftrag**: Nein

VI.2) **Auftrag in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird:** Nein

VI.3) **Sonstige Informationen**: –

VI.4) **Nachprüfungsverfahren/ Rechtsbehelfsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer bei der Behörde
für Stadtentwicklung und Umwelt

Postanschrift:

Düsternstraße 10, 20355 Hamburg, Deutschland

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder gegebenenfalls Abschnitt VI.4.3)

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: –

VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind: –

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

21. Juni 2010

ANHANG A

SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind**:

Offizielle Bezeichnung:

SBH | Schulbau Hamburg, Baumanagement,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Kontakstelle(n):
Zu Händen Herrn Bernd Homrighausen
Telefon: +49 (0)40 / 4 28 23 - 61 15
E-Mail:
Bernd.Homrighausen@sbh.fb.hamburg.de

II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem):** –

III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/ Teilnahmeanträge zu senden sind:** –

Hamburg, den 21. Juni 2010

Die Finanzbehörde 643

Gerichtliche Mitteilungen

Zwangsversteigerung

71k K 73/09. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Goldmariekenweg 33 a, 31 a, 31 b belegene, im Grundbuch von Schnelsen Blatt 11 133 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 3/4 Miteigentumsanteilen an dem 2332 m² großen Flurstücken 141 und 142, verbunden mit dem Sondereigentum an den Räumen in dem Einzelhaus, dem Geräte- und Gartenhaus sowie der Schwimmhalle, im ATP mit Nummer 1 bezeichnet, durch das Gericht versteigert werden.

Das Einzelhaus (Hausnummer 33 a) mit Baujahr 1966 ist ein eingeschossiges Einfamilien-Fertighaus ohne Keller mit nachträglich (1987) aufgestocktem und ausgebautem Dachgeschoss. 1993 erfolgte ein Wintergartenanbau. Gesamtwohnfläche etwa 188,98 m², Nutzfläche des Garagen-/Abstellgebäudes etwa 56,16 m². Zum Objekt gehört das Sondernutzungsrecht an einer etwa 1700 m² Grundstücksfläche. Auf dieser Fläche steht eine Schwimmhalle mit etwa 184 m² Grundfläche. Es ist mit zeitnahem Erlass einer Abbruchverfügung zu rechnen, nachdem die Baugenehmigung rechtskräftig für unwirksam erklärt worden ist. Das Haus war im Zeitpunkt der Ortsbesichtigung vermietet.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 260 000,– Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Donnerstag, den 26. August 2010, 9.30 Uhr,** vor dem Amtsgericht Hamburg, Caffamacherreihe 20, II. Stock, Saal 224.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 225, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 16. Juli 2009 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und,

wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 25. Juni 2010

Das Amtsgericht, Abt. 71

644

Zwangsversteigerung

802 K 53/09. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Hirsekamp 13 belegene, im Grundbuch von Bramfeld Blatt 10 829 eingetragene, 773 m² große Grundstück, (Flurstück 779), durch das Gericht versteigert werden.

Das Grundstück ist bebaut mit einem vom Eigentümer genutzten vollunterkellerten Einfamilienhaus mit ausgebautem Dachgeschoss, Baujahr 1964. Die Wohnfläche beträgt etwa 165 m² inkl. Terrasse und Balkonen zu 20 %. Für den hinteren Grundstücksteil wurde 2008 eine Baugenehmigung erteilt, die jedoch ergänzt werden muss, da fehlende Zufahrten unberücksichtigt geblieben sind. Das aufstehende Gebäude befindet sich laut Gutachten in gepflegtem, teilmodernisierten Zustand bei mittlerer Ausstattung.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 375 000,– Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 31. August 2010, 10.00 Uhr,** vor dem Amtsgericht Hamburg-Barmbek, Spohrstraße 6, 22083 Hamburg, Saal E.005.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 2.044, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 14. September 2009 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

645

---

802 K 12/08 + 56/09. Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen das in Hamburg, Hellbrookkamp, westlich Hellbrookkamp 39 belegene, im Grundbuch von a) Bramfeld Blatt 14 419 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 474/10 000 Miteigentumsanteilen an dem 1658 m² großen Flurstück 8678, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und den Räumen, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nummer 27 und b) Bramfeld Blatt 14 424 eingetragene Teileigentum, bestehend aus 4/10 000 Miteigentumsanteilen an dem 1658 m² großen Flurstück 8678, verbunden mit dem Sondereigentum an dem Stellplatz in der Garage, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nummer T 36/35, durch das Gericht versteigert werden.

Das Wohnungs- und Teileigentum befinden sich in einem unterkellerten, viergeschossigen Mehrfamilienhaus mit ausgebautem Dachgeschoss und einer Tiefgarage, Baujahr etwa 1991. a) 802 K 12/08: Die etwa 100 m² große 3 1/2-Zimmer-Wohnung befindet sich im Dachgeschoss links des Hauses Hellbrookkamp 43. Zur Wohnung gehört ein etwa 4,93 m² großer Kellerraum sowie ein Stellplatz in der Garage links (Südseite), jeweils bezeichnet mit Nummer 27. Die Wohnung wird vermutlich vom Eigentümer genutzt. Eine Innenbesichtigung wurde dem Gutachter nicht ermöglicht. b) 802 K 56/09: Bei dem Teileigentum handelt es sich um zwei Stellplätze Nummer 35/36 in der Garage links (Südseite) als vierter von vorn auf der Doppelparkeranlage oben und unten, welche hydraulisch betrieben wird.

Verkehrswerte gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG zu a) 200 000,– Euro, zu b) 17 000,– Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 1. September 2010, 10.00 Uhr,** vor dem Amtsgericht Hamburg-Barmbek, Spohrstraße 6, 22083 Hamburg, Saal E.005.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 2.044, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist zu a) am 10. März 2008 und zu b) am 30. Juli 2009 in das jeweilige Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 25. Juni 2010

Das Amtsgericht Hamburg-Barmbek

Abteilung 802

646

Zwangsversteigerung

902 K 61/09. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Mühlenkamp 54 belegene, im Grundbuch von Winterhude Blatt 7265 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 435/10 000 Miteigentumsanteilen an dem 461 m² großen Grundstück (Flurstück 1552), verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und dem Abstellraum, im Aufteilungsplan mit Nummer 22 bezeichnet, durch das Gericht versteigert werden.

Die 2-Zimmer-Wohnung ist im IV. Obergeschoss vone links eines im Jahre 1908 errichteten Mehrfamilienwohnhauses belegen und hat nach dem Wertgutachten vom 20. März 2010 eine Größe von etwa 49,56 m². Die Wohnung ist vermutlich leerstehend, eine Innenbesichtigung wurde dem Sachverständigen nicht ermöglicht.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 123 000,– Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 28. September 2010, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-St. Georg, Lübeckertordamm 4, I. Stock, Saal 1.01.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 1.39, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 9. Oktober 2009 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Abschließend wird gemäß § 145 a Nummer 1 ZVG verlautbart, dass das Wohnungseigentum mit einer Zwangssicherungshypothek in der nach § 28 Satz 2 GBO zugelassenen Währung Ungarischer Forint (HUF) belastet ist.

Hamburg, den 25. Juni 2010

Das Amtsgericht
Hamburg-St. Georg
Abteilung 902 647

Zwangsversteigerung

616 K 79/87. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Koggenweg 24, 21129 Hamburg belegene, im Erbbau-Grundbuch von Hasselwerder Band 43 Blatt 1269 eingetragene 335 m² große Erbbaurecht (Flurstück 2868), durch das Gericht versteigert werden.

Nach dem Wertgutachten handelt es sich um ein angeblich vermietetes und verpachtetes, nicht unterkellertes Endreihenhaus, Baujahr 1985, im Erdgeschoss mit Wohnzimmer, Küche, Wirtschaftsraum, Gäste-WC, Flur und Abstellraum (etwa 58,33 m² Wohnfläche), Obergeschoss mit Schlafzimmer, 2 Kinderzimmern, Flur, Bad und Balkon (etwa 62,11 m²) und Dachgeschoss mit etwa 49,61 m² Wohnfläche. Zentralheizung mit Fernwärme als Fußbodenheizung, Naturholzfenster, Isolierverglasung.

Für die Erteilung des Zuschlages ist die Zustimmung des Grundstückseigentümers erforderlich.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 161 000,– Euro.

Die Grenzen der §§ 74 a, 85 a ZVG finden keine Anwendung.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 21. September 2010, 11.00 Uhr,** Sitzungssaal 04, Bleicherweg 1, Untergeschoss.

Das über den Verkehrswert erstellte Gutachten kann werktäglich, außer mittwochs, von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr auf der Geschäftsstelle (Zimmer 5 im Dienstgebäude Buxtehuder Straße 11, Zugang über den Parkplatz, Gebäude hinten auf dem Grundstück) eingesehen oder im Internet unter www.zvg.com, www.versteigerungspool.de und www.zvhh.de abgerufen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 16. September 1987 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger/Antragsteller widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 25. Juni 2010

Das Amtsgericht
Hamburg-Harburg
Abteilung 616 648

Zwangsversteigerung

616 K 50/09. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll a) das in 21147 Hamburg, Neuer Nehusweg 1–8 (hier postalisch Neuer Nehusweg 1) belegene, im Wohnungsgrundbuch von Neugraben Blatt 5891 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 364/2029 Miteigentumsanteilen an dem 2029 m² großen Flurstück 6448, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und den Räumen Nummer 1; b) der 1/20 Miteigentumsanteil in 21147 Hamburg, Neuer Burgweg, Obenburger Stieg und südlich Obenburger Stieg belegen und im Grundbuch von Neugraben Blatt 5899 eingetragen, an dem 30 m² großen Grundstück (Flurstück 6447), durch das Gericht versteigert werden.

Bei dem eigengenutzten Wohnungseigentum zu a) handelt es sich um ein zweigeschossiges und nicht unterkellertes Endreihenhaus (Baujahr 2003) mit ausgebautem Dachgeschoss. Die Wohnfläche beträgt etwa 151,32 m² zuzüglich etwa 7,50 m² an der auf etwa 30 m² Größe geschätzten Terrasse. Die Wohnung ist aufgeteilt in Erdgeschoss (Wohnen, Küche, WC, Diele, Hauswirtschaftsraum, Flur, Terrasse), Obergeschoss (Zimmer 1, Zimmer 2, Zimmer 3, Bad, Flur) und Dachgeschoss (Zimmer 4, Zimmer 5, Dusche, WC). Die Warmwasserversorgung erfolgt über Gasheizung. Eine Innenbesichtigung wurde dem Gutachter nicht ermöglicht. Es besteht ein Sondernutzungsrecht an der Gartenfläche. Zu b) Das Flurstück ist mit einer Netzstation bebaut.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG a) des Wohnungseigentums insgesamt 245 700,– Euro, mithin je 1/2 Miteigentumsanteil hieran mit 122 850,– Euro; b) des 1/20 Miteigentumsanteils insgesamt 245,– Euro, mithin je 1/2 Miteigentumsanteil hieran mit 122,50 Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 26. Oktober 2010, 11.00 Uhr,** Sitzungssaal 04, Bleicherweg 1, Untergeschoss.

Das über den Verkehrswert erstellte Gutachten kann werktäglich, außer mittwochs, von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr auf der Geschäftsstelle (Zimmer 5 im Dienstgebäude Buxtehuder Straße 11, Zugang über den Parkplatz, Gebäude hinten auf dem Grundstück) eingesehen oder im Internet unter www.zvg.com, www.versteigerungspool.de und www.zvhh.de abgerufen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 12. Juni 2009 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger/Antragsteller widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 25. Juni 2010

Das Amtsgericht
Hamburg-Harburg
Abteilung 616

649

Zwangsversteigerung

616 K 63/06. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in 21077 Hamburg, Am Frankenberg 12 belegene, im Grundbuch von Harburg Blatt 11 355 eingetragene Erbbaurecht an dem 532 m² große Grundstück (Flurstück 459), durch das Gericht versteigert werden.

Erbaurecht mit einer Laufzeit bis zum 30. Juni 2039. Wohnhaus, Mittelreihenhaus, eingeschossig, unterkellert; Baujahr um 1927; je Etage 2 Wohnräume, Küche, Bad; leerstehend; stark sanierungsbedürftig.

Für die Erteilung des Zuschlages ist die Genehmigung des Erbbaurechtsherausgebers notwendig.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 58 600,– Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 2. November 2010, 9.00 Uhr,** Sitzungssaal 04, Bleicherweg 1, Untergeschoss.

Das über den Verkehrswert erstellte Gutachten kann werktäglich, außer mittwochs, von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr auf der Geschäftsstelle (Zimmer 5 im Dienstgebäude Buxtehuder Straße 11, Zugang über den Parkplatz, Gebäude hinten auf dem Grundstück) eingesehen oder im Internet unter www.zvg.com, www.versteigerungspool.de und www.zvhh.de abgerufen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 22. November 2007 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger/Antragsteller widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 25. Juni 2010

Das Amtsgericht
Hamburg-Harburg
Abteilung 616

650

Zwangsversteigerung

616 K 63/07. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in 21077 Hamburg, Scharfsche Schlucht 1 belegene, im Grundbuch von Sinstorf Blatt 1304 eingetragene Erbbaurecht an dem 4308 m² großen Grundstück (Flurstück 1264), durch das Gericht versteigert werden.

Erbaurecht mit einer Laufzeit bis zum 17. Februar 2041; Bebauung mit 3-Platz-Tennishallen (Baujahr 1981) mit Sozialtrakt (Baujahr 1995) sowie 16 Stellplätzen. Das Objekt ist eigengenutzt.

Die Zustimmung des Erbbaurechtsherausgebers ist für den Zuschlag erforderlich.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 693 000,– Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 9. November 2010, 9.00 Uhr,** Sitzungssaal 04, Bleicherweg 1, Untergeschoss.

Das über den Verkehrswert erstellte Gutachten kann werktäglich, außer mittwochs, von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr auf der Geschäftsstelle (Zimmer 5 im Dienstgebäude Buxtehuder Straße 11, Zugang über den Parkplatz, Gebäude hinten auf dem Grundstück) eingesehen oder im Internet unter www.zvg.com, www.versteigerungspool.de und www.zvhh.de abgerufen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 25. Juli 2007 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger/Antragsteller widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 25. Juni 2010

Das Amtsgericht
Hamburg-Harburg
Abteilung 616

651

Zwangsversteigerung

– Berichtigung –

717 K 52/09. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Am Grundwasserwerk 8, 8 a belegene, im Grundbuch von Tonndorf-Lohe Blatt 4436 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 1/2 Miteigentumsanteil an dem 819 m² großen Flurstück 2792, verbunden mit dem Sondereigentum an den im Aufteilungsplan mit Nummer 4 bezeichneten Räumen der rechten Doppelhaushälfte, durch das Gericht versteigert werden.

Das Wohnungseigentum besteht aus einer eingeschossigen und unterkellerten Doppelhaushälfte mit ausgebautem Dachgeschoss und der postalischen Belegenheit „Am Grundwasserwerk 8“. Errichtung vermutlich 1985. Die Wohnfläche von etwa 109,5 m² verteilt sich auf 5 Zimmer, Küche, Gäste-WC, Badezimmer und Flurfläche. Zusätzlich wurde der Spitzboden ausgebaut. Beheizung und Warmwasser zentral über Gas. Das Objekt wird vom Verfahrensschuldner und seiner Familie zu Wohnzwecken genutzt.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 255 000,– Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 25. August 2010, 10.00 Uhr,** vor dem Amtsgericht Hamburg-Wandsbek, Schädlerstraße 28, Saal 216, II. Stock.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 115, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr eingesehen werden. Telefon: 040 / 4 28 81 - 27 07 / - 21 75. Infos auch im Internet: www.zvg.com.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 5. August 2009 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 25. Juni 2010

Das Amtsgericht Hamburg-Wandsbek

Abteilung 717 652

Zwangsversteigerung

717 K 44/09. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Treptower Straße 118 belegene, im Grundbuch von Oldenfelde Blatt 3934 eingetragene 754 m² große Grundstück (Flurstück 4284), durch das Gericht versteigert werden.

Das Grundstück ist mit einem eingeschossigen, teilunterkellerten Zweifamilienhaus mit ausgebautem Dachgeschoss sowie einem Garagengebäude und Schuppen bebaut. Ursprungsbaujahr vermutlich 1921 und über die Jahre mehrfach angebaut und erweitert. Die Gesamtwohnfläche von etwa 159 m² verteilt sich auf 2 Wohnungen zu einer Größe von 106 m² bzw. 53 m². Jede Wohnung wird über eine Gaszentralheizung beheizt, Warmwasser über elektrisch betriebene Untertischgeräte. Eine Innenbesichtigung wurde der Sachverständigen nur teilweise ermöglicht. Zum Zeitpunkt des Ortstermins war die größere Wohnung vermietet.

Da in dem Termin am 28. April 2010 der Zuschlag aus den Gründen des § 74 a Absatz 1 ZVG versagt wurde, finden die Mindestgebotsgrenzen (5/10 bzw. 7/10) in diesem Termin keine Anwendung mehr.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 275 000,– Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 1. September 2010, 10.00 Uhr,** vor dem Amtsgericht Hamburg-Wandsbek, Schädlerstraße 28, Saal 216, II. Stock.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 115, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr eingesehen werden. Telefon: 040 / 4 28 81 - 27 07 / - 21 75. Infos auch im Internet: www.zvg.com.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 18. Juni 2009 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 25. Juni 2010

Das Amtsgericht Hamburg-Wandsbek

Abteilung 717 653

Aufgebot

811 b C 213/09. Frau **Gabriele Schefzig,** geborene Langenberg, geboren am 3. Dezember 1949 und Herr **Norbert Schefzig,** geboren am 23. August 1947, haben die Kraftloserklärung des Grundschuldbriefes über die im Grundbuch von Wellingsbüttel, Band 185, Blatt 5655 in Abteilung III unter Nummer 3 für die BADENIA Bausparkasse AG, Karlsruhe, eingetragene Grundschuld von 71 000,– DM beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf **Dienstag, dem 7. September 2010, 8.45 Uhr, Zimmer 1.001,** vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, anderenfalls erfolgt die Kraftloserklärung der Urkunde.

Hamburg, den 21. Juni 2010

Das Amtsgericht Hamburg-Barmbek

Abteilung 811 654

Aufgebot

873 II 11/10. Frau **Britta Nordmann-Wittmann,** geborene Nordmann, geboren am 22. Dezember 1962, hat die Kraftloserklärung des Grundschuldbriefes über die im Grundbuch von Barmbek, Blatt 9564, in Abteilung III unter Nummer 4 für die NEUE HEIMAT NORD Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH, Hamburg, eingetragene Grundschuld von 24 562,98 DM beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, bis spätestens am **Freitag, dem 7. Januar 2011,** bei dem unterzeichneten Gericht seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, anderenfalls erfolgt die Kraftloserklärung der Urkunde.

Hamburg, den 14. Juni 2010

Das Amtsgericht Hamburg-Barmbek

Abteilung 873 655

Aufgebot

313 II 3/10. Frau **Sabine Franziska Klara Tessloff,** Bernadottestraße 209, 22605 Hamburg, Verfahrensbevollmächtigter: Notar Dr. Arnim Karthaus, Palmaille 106, 22767 Hamburg, Geschäftszeichen: StA:2004:00156, 29857, Tessloff, hat beantragt, die Grundschuldbriefe a) Gruppe 4 Nummer 015231, b) Gruppe 02 Nummer 0004414, c) Gruppe 02 Nummer 4853648 über die im Grundbuch von Othmarschen Blatt 2548 in Abteilung III unter a) Nummer 13 für die Aktiengesellschaft in Firma Vereinsbank in Hamburg, Hamburg, b) Nummer 15 für die Aktiengesellschaft in Firma Vereinsbank in Hamburg, Hamburg, c) Nummer 16 für

die Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft, Hauptfiliale Altona, Hamburg, eingetragenen Grundschulden über a) 65 000,– DM, b) 235 000,– DM, c) 200 000,– DM, für kraftlos zu erklären.

Der/Die Inhaber der Grundschuldbriefe wird/werden aufgefordert, seine/ihre Rechte spätestens am **Freitag, den 24. September 2010** (Anmeldezeitpunkt), beim Amtsgericht Hamburg-Altona, Max-Brauer-Allee 91, 22765 Hamburg, Zimmer 134, anzumelden und den/die Grundschuldbrief/e vorzulegen, da diese anderenfalls für kraftlos erklärt werden.

Hamburg, den 28. Mai 2010

Das Amtsgericht Hamburg-Altona

Abteilung 313 656

Aufgebot

313 A II 2/10. Herr **Michael-Viktor Jürgen Graf Westarp**, Pariser Straße 9, 10710 Berlin, Verfahrensbevollmächtigter: Notar Dr. Julian v. Akermann, Mittelweg 157, 20147 Hamburg, UR-Nummer 34/2010, hat beantragt, den Grundschuldbrief Gruppe 4 Nummer 047585 über die im Grundbuch von Groß Flottbek Blatt 4504 in Abteilung III unter Nummer 9 für die BAUSPARKASSE SCHWÄBISCH HALL AKTIENGESELLSCHAFT – Bausparkasse der Volksbanken und Raiffeisenkassen – in Schwäbisch Hall eingetragene Grundschuld über 5500,– DM für kraftlos zu erklären.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte spätestens am **Donnerstag, den 30. September 2010** (Anmeldezeitpunkt), beim Amtsgericht Hamburg-Altona, Max-Brauer-Allee 91, 22765 Hamburg anzumelden und den Grundschuldbrief vorzulegen, da dieser anderenfalls für kraftlos erklärt wird.

Hamburg, den 20. Mai 2010

Das Amtsgericht Hamburg-Altona

Abteilung 313 657

Aufgebot

313 II 8/09. Frau **Helga Grammersdorf**, Milcherstraße 7 a, 22607 Hamburg und Herr **Axel Grammersdorf**, Griva Digehni Str 37 E, 3077 Limassol, Zypern, Verfahrensbevollmächtigte: Notariat Ballindamm, Ballindamm 40, 20095 Hamburg, haben beantragt, den Grundschuldbrief Gruppe 02 Nummer 17147021 über die im Grundbuch von Groß Flottbek Blatt 5993 in Abteilung III unter Nummer 9 für Claus Grammersdorf eingetragene Grundschuld über 200 000,– Euro für kraftlos zu erklären.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte spätestens am **Freitag, den 15. Oktober 2010** (Anmeldezeitpunkt), beim Amtsgericht Hamburg-Altona, Max-Brauer-Allee 91, 22765 Hamburg, anzumelden und den Grundschuldbrief vorzulegen, da dieser anderenfalls für kraftlos erklärt wird.

Hamburg, den 17. Juni 2010

Das Amtsgericht Hamburg-Altona

Abteilung 313 658

Ausschlussurteil

810 C 307/09. In dem Rechtsstreit 1) Jürgen Grohmann als Nachlasspfleger über das Vermögen des Verstorbenen Herbert Erich Fritz Jess – Antragsteller –, 2) Sandra Krüger – Antragstellerin –, 3) Björn Wegner – Antragsteller –, Prozessbevollmächtigter zu 1 bis 3: Notare Schmodde, Hellwege, Lafrentz, Michallek, Rahlstedter Bahnhofstraße 17, 22143 Hamburg, Geschäftszeichen: BEN0036/09 KL. Wegen Aufgebot erlässt das Amtsgericht Hamburg-Barmbek durch die Richterin Kütterer-Lang auf Grund der mündlichen Verhandlung vom 5. Mai 2010 folgendes Ausschlussurteil:

1. Der unbekannte Gläubiger der im Grundbuch von Bramfeld, Band 159, Blatt 4939, Abteilung III unter Nummer 5, eingetragenen Grundschuld in Höhe von 2000,– DM zugunsten der Firma HEBRO Verwaltungsgesellschaft m. b. H. KG in Hamburg, wird mit seinen Rechten ausgeschlossen.
2. Die Kosten des Verfahrens tragen die Antragsteller zu je 1/3.

Hamburg, den 5. Mai 2010

Das Amtsgericht Hamburg-Barmbek

Abteilung 810 659

Ausschlussurteil

815 C 147/09. In der Aufgebotssache der Frau Ingrid Annemarie Janssen, geboren am 26. Januar 1943, wohnhaft Kätnermoortwiete 5, 22175 Hamburg, vertreten durch das Notariat Schmodde, Hellwege, Lafrentz und Michallek, Rahlstedter Bahnhofstraße 17, 22143 Hamburg, erkennt das Amtsgericht Hamburg Barmbek, Abteilung 815, durch den Richter am Amtsgericht Dr. Ohlberg für Recht:

1. Der Brief über die im Grundbuch von Bramfeld, Band 149, Blatt 4615, Abteilung III, laufende Nummer 5, eingetragene Grundschuld in Höhe von 100 000,– Deutsche Mark nebst 16 % Zinsen jährlich für die Aktiengesellschaft in Firma Hypothekenbank in Hamburg, wird für kraftlos erklärt.
2. Die Kosten des Verfahrens trägt die Antragstellerin.

Hamburg, den 3. Juni 2010

Das Amtsgericht Hamburg-Barmbek

Abteilung 815 660

Ausschliessungsbeschluss

610 a II 1/10. Auf Antrag von der SEB AG, Frankfurt, Filiale Hamburg, vertreten durch den Vorstand, beschließt das Amtsgericht Hamburg-Harburg, Abteilung 610 a, durch den Rechtspfleger Bredehöft:

Der Deutsche Grundschuldbrief über die im Grundbuch des hiesigen Amtsgerichts von Eißendorf Blatt 4588 in Abteilung III unter der Nummer 4 für die Bank für Gemeinwirtschaft AG, Hamburg, jetzt SEB AG, Frankfurt, Filiale Hamburg, eingetragene Grundschuld über 42 000,– DM (zweiundvierzigtausend Deutsche Mark), wird für kraftlos erklärt.

Hamburg, den 15. Juni 2010

Das Amtsgericht Hamburg-Harburg

Abteilung 610 661

Ausschliessungsbeschluss

610 a II 2/10. Auf Antrag von Herrn Carl-Michael Backhaus, Hamburg, beschließt das Amtsgericht Hamburg-Harburg, Abteilung 610 a, durch den Rechtspfleger Bredehöft:

Das Mietkautionssparbuch Nummer 1132 015 804 der Hamburger Volksbank der Inhaber, Eheleute Karori und Mina Kumar, wird für kraftlos erklärt.

Hamburg, den 15. Juni 2010

Das Amtsgericht Hamburg-Harburg

Abteilung 610 662

Lütcke & Wulff **C 1160** **PVSt, DPAG, Entgelt bezahlt**
Druckerei und Verlag
Rondenbarg 8
22525 Hamburg

Sonstige Mitteilungen

Öffentliche Ausschreibung
der Hamburger Wasserwerke GmbH
Planung Tiefbau

Die Hamburger Wasserwerke haben die Hamburger Stadtentwässerung mit der Vergabe der Leistungen beauftragt.

ÖA-Nummer: 55/10

Wasserkunst Kaltehofe, Erweiterte Rohbauarbeiten

Wesentliche Leistungen:

Gerüst Villa etwa 1010 m²,
Einrüstung Dachfläche > 45°, etwa 580 m²

Geländeaufschüttungen Liefermaterial, etwa 800 m³

Mauerwerk KS 24er, etwa 350 m²

Pfähle als Vollverdrängungspfähle, 78 Stück

Sohlplatte WU-Neubau, etwa 520 m²

Stahlbeton: Terrassen und Becken, etwa 1000 m²,
Sohle Villa, etwa 340 m²

Abbrucharbeiten: Stahlbetondecke, etwa 110 m²,
Deckenverkleidungen, etwa 810 m²

Abdichtung Terrasse/Wasserbecken, etwa 950 m²

MW-Injektionen, etwa 100 lfdm,
Hohlraumverguss, etwa 300 m²

Dachdecker- und Zimmerarbeiten

Geplanter Ausführungsbeginn: August 2010

Sicherheiten und Zahlungsbedingungen:
siehe Vergabeunterlagen

Die Ausschreibungsunterlagen sind ab 24. Juni 2010 bis zum 13. Juli 2010 montags bis donnerstags von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr einzusehen oder erhältlich für 20,00 Euro bei der Kasse der Hamburger Stadtentwässerung, 20097 Hamburg, Banksstraße 6, Zimmer 837.

Alternativ können die Unterlagen auch nach schriftlicher Abforderung durch Brief oder Fax (Telefax: 040 / 34 98 - 5 72 98) direkt zugesandt werden gegen eine zusätzliche Pauschale für Porto und Verpackung in Höhe von 2,50 Euro. Der Betrag ist in diesem Fall unter Angabe der ÖA-Nummer 55/10 auf das folgende Konto der Hamburger Stadtentwässerung bei der HSH Nordbank AG, Kontonummer: 100 909 000, BLZ 210 500 00, zu überweisen. Briefmarken und Schecks werden als Zahlungsmittel nicht angenommen.

Eröffnungstermin: 20. Juli 2010 um 10.30 Uhr bei der Hamburger Stadtentwässerung, Anstalt des öffentlichen Rechts, Banksstraße 6, Zimmer 835, 20097 Hamburg. Einwurfkasten: Zimmer 837.

Hamburg, den 18. Juni 2010

Hamburger Wasserwerke GmbH 663

Öffentliche Ausschreibung
der Hamburger Wasserwerke GmbH
Planung Tiefbau

Die Hamburger Wasserwerke haben die Hamburger Stadtentwässerung mit der Vergabe der Leistungen beauftragt.

ÖA-Nummer: 56/10

Wesentliche Leistungen:

Austausch bleiverdächtiger Hausanschlüsse: Herstellung von etwa 350 m Anschlussleitungen (etwa 30 Stück) DN 25 bis DN 50 in Hamburg-Billbrook.

Geplanter Ausführungsbeginn: August 2010

Voraussetzung für die Beauftragung: DVGW-Bescheinigung für Rohrleitungsbauunternehmen nach dem DVGW-Arbeitsblatt GW 301, Gruppe W3 ge.

Sicherheiten und Zahlungsbedingungen:
siehe Vergabeunterlagen

Die Ausschreibungsunterlagen sind ab 21. Juni 2010 bis zum 8. Juli 2010 montags bis donnerstags von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr einzusehen oder erhältlich für 20,00 Euro bei der Kasse der Hamburger Stadtentwässerung, 20097 Hamburg, Banksstraße 6, Zimmer 837.

Alternativ können die Unterlagen auch nach schriftlicher Abforderung durch Brief oder Fax (Telefax: 040 / 34 98 - 5 72 98) direkt zugesandt werden gegen eine zusätzliche Pauschale für Porto und Verpackung in Höhe von 2,50 Euro. Der Betrag ist in diesem Fall unter Angabe der ÖA-Nummer 56/10 auf das folgende Konto der Hamburger Stadtentwässerung bei der HSH Nordbank AG, Kontonummer: 100 909 000, BLZ 210 500 00, zu überweisen. Briefmarken und Schecks werden als Zahlungsmittel nicht angenommen.

Eröffnungstermin: 15. Juli 2010 um 10.30 Uhr bei der Hamburger Stadtentwässerung, Anstalt des öffentlichen Rechts, Banksstraße 6, Zimmer 835, 20097 Hamburg. Einwurfkasten: Zimmer 837.

Hamburg, den 18. Juni 2010

Hamburger Wasserwerke GmbH 664

Gläubigeraufruf

Der Verein **Förderverein Bildungswerkstatt Altona e.V.** hat am 16. November 2004 durch die Mitgliederversammlung seine sofortige Auflösung beschlossen. Liquidator ist Herr Jürgen Redlich. Die Gläubiger des Vereins werden gebeten, sich bei dem Liquidator zu melden.

Hamburg, den 21. Mai 2010

Der Liquidator 665

Herausgegeben von der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg.
Druck, Verlag und Ausgabestelle Lütcke & Wulff, Rondenbarg 8, 22525 Hamburg – Telefon: 23 51 29-0 – Telefax: 23 51 29 77.
Bestellungen nimmt der Verlag entgegen. Bezugspreis für Teil I und II zusammen jährlich 75,– EUR. Einzelstücke je angefangene vier Seiten 0,26 EUR (Preise einschließlich 7% Mehrwertsteuer).